



04.10.2018

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Streitfall CO₂-Grenzwerte

Das Parlament hat – gegen meine Stimme und die der CDU und unserer Fraktion – für eine drastische Senkung des CO₂-Ausstoßes von neuen PKW und leichten Nutzfahrzeugen gestimmt. Das dürfte das Aus für den Verbrennungsmotor sein. Das Plenum folgte der sozialistischen Berichterstatterin, dass Neuwagen ihren CO₂-Ausstoß bis 2030 um 40 % senken sollen. Die EU-Kommission hatte in ihrem Verordnungsvorschlag nur eine Reduzierung um 30 % vorgesehen. Bereits damit hätten wir den Zielen des Pariser Klimaabkommens entsprochen, und selbst bei diesem bescheideneren Ziel ist unklar, ob es von der Industrie überhaupt erreicht werden kann. Zudem sollen nun schon 35 % der Neufahrzeuge 2030 zur sogenannten Null- bis Niedrigemissionskategorie zählen – und dies, ohne dass geklärt ist, woher Technik, Rohstoffe, Energie und Infrastruktur kommen sollen. Völlig unverständlich ist aus meiner Sicht, dass die deutschen Sozialdemokraten gemeinsam mit der sozialistischen Fraktion für diese absolut unrealistischen Vorgaben gestimmt haben. Gepaart mit dem hohen Zeitdruck, unter Abkehr vom Prinzip der Technologieneutralität und jeglicher Flexibilität für die Hersteller, wie diese Ziele erreicht werden können, würde diese Verordnung, wenn sie so Gesetz würde, Wertschöpfungsketten und Arbeitsplätze in der Automobilindustrie in Europa stark gefährden. Mit dem Votum hat das Parlament seine Position für die Verhandlungen mit dem

Ministerrat und der EU-Kommission festgelegt. Jetzt kommt es darauf an, dass in den Verhandlungen eine realistische Lösung gefunden wird, die den Schutz von Klima und Arbeitsplätzen miteinander in Einklang bringt.

Rechtsstaatlichkeit in Rumänien

Nachdem wir uns im September mit der Lage des Rechtsstaats in Ungarn befasst hatten, stand diesmal Rumänien auf der Tagesordnung: Korrupten Beamten und Politikern wird dort Straffreiheit gewährt, gleichzeitig wird die Justiz geschwächt. Fraktionsübergreifend haben Abgeordnete dies während der Debatte über die Rechtsstaatlichkeit in dem südosteuropäischen Land bemängelt. Werden dort rechtsstaatliche Grundsätze verletzt und die Kontrolle der Justiz weiter massiv eingeschränkt, muss gegen Rumänien ein Rechtsstaatsverfahren nach Artikel 7 eröffnet werden. Wir dürfen in Europa nicht mit zweierlei Maß messen: Was für Ungarn und Polen gilt, muss auch für Rumänien gelten. Wir stehen an der Seite der rumänischen Bürgerinnen und Bürger, die deutlich gemacht haben, dass sie für ihr Land eine bessere Zukunft wollen. Wir brauchen jetzt eine umfassende Analyse der EU-Kommission zu den Auswirkungen der geänderten Gesetze in den Bereichen Justiz und Strafverfolgung. Bereits im April 2017 hatten Hunderttausende in Rumänien gegen die Maßnahmen der sozialistischen Regierung demonstriert. Im vergangenen Sommer waren die Proteste erneut hochgekocht. Das Europaparlament wird in seiner November-Plenarsitzung eine Resolution zu Rumänien verabschieden.

So können Sie mich erreichen

vor Ort: Tel. 07323 9523855 · info@inge-graessle.eu · Postanschrift: Grabenstraße 24 · 89522 Heidenheim
im Europäischen Parlament: Büro ASP 15E154 · Rue Wiertz · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · **im Netz:** www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle



Audiovisuelle Mediendienste

Mehr Jugendschutz, mehr europäische Werke und weniger versteckte Werbung: Was für traditionelle Medien wie Radio und TV gilt, soll künftig auch für Mediendienste im Internet gelten. Mit der Verabschiedung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste hat das Parlament faire neue Spielregeln in der digitalen Medienwelt geschaffen. Videostreaming-Plattformen wie YouTube und Video-on-Demand-Anbieter wie Netflix werden künftig stärker in die Verantwortung genommen. Dies gilt vor allem für den Kinder- und Jugendschutz. Die Dienste werden verpflichtet, gewaltverherrlichende oder andere schädliche Videos nach Meldung zu löschen. Zudem müssen, so wie bereits im klassischen Fernsehen, gefährliche Inhalte künftig auch im Internet systematisch gekennzeichnet werden. Kinder und Jugendliche werden künftig auch vor versteckter Werbung im Netz geschützt. Videoplattformen wie YouTube werden verpflichtet, Werbung, Sponsoring und Produktplatzierungen kenntlich zu machen. Wer dann ein Video hochlädt, muss dem Plattformbetreiber entsprechende Informationen zur Werbung melden. So werden die Verbraucher vor übermäßiger Werbung geschützt. Die neuen Regeln werden auch die europäische Kreativindustrie fördern: Video-on-Demand-Plattformen müssen künftig 30 % ihres Angebots mit europäischen Produktionen bestücken. Darüber hinaus können die Mitgliedstaaten sie an der Finanzierung der Filmfördersysteme beteiligen. Voraussichtlich im Herbst 2020 werden die neuen Vorschriften in Kraft treten.

Kürzung der Türkei-Hilfen

Am Dienstag stimmte das Parlament für eine Kürzung der EU-Unterstützung an die Türkei mit 544 zu 28 Stimmen, bei 74 Enthaltungen. Die Türkei sollte im Rahmen der sogenannten Vorbeitrittshilfen finanzielle Unterstützung für Reformen, Infrastruktur und Landwirtschaft erhalten. Insgesamt war 2018 ursprünglich eine Auszahlung in Höhe von 217 Mio. Euro geplant. Im November 2017 hatten Parlament und Rat 70 Mio. Euro an Verpflichtungsermächtigungen (und 35 Mio. Euro Zahlungsermächtigungen) an Heranführungshilfen für die Türkei in die Reserve des EU-Haushaltes eingestellt. Die Auszahlung war an die Bedingung gekoppelt, dass die Türkei messbare und angemessene Verbesserungen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Menschenrechte und Pressefreiheit erzielt. Doch die Türkei bewegt sich in die falsche Richtung: Seit dem gescheiterten Putschversuch 2016 wurden tausende Journalisten, Beamte und Oppositionelle entlassen oder sogar inhaftiert. Das Vorgehen Erdogans widerspricht europäischen Grundwerten. Das Geld fließt nun für die Stärkung der Programme im Bereich Migration.

Besuch aus der Heimat

Diese Woche konnte ich mich über den Besuch des Gemeinderats Abtsgmünd und des Gymnasiums Weikersheim freuen. Ein besonderes Ereignis war der Besuch des Städtischen Orchesters aus Aalen am Tag der Deutschen Einheit, das mit seinem Mittagskonzert im Innenhof Parlamentsangehörige und Besucher gleichermaßen begeisterte!

So können Sie mich erreichen

vor Ort: Tel. 07323 9523855 · info@inge-graessle.eu · Postanschrift: Grabenstraße 24 · 89522 Heidenheim
im Europäischen Parlament: Büro ASP 15E154 · Rue Wiertz · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · **im Netz:** www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · [Twitter: @inge_graessle](https://twitter.com/inge_graessle)